

# Die Angst vor «fremden Richtern»

## Recht Bundesrat Ueli Maurer will die Europäische Menschenrechtskonvention kündigen

VON ANNA WANNER

An der Bundesratssitzung vom Mittwoch stellte Verteidigungsminister Ueli Maurer den Antrag, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) zu kündigen, wie die «NZZ» gestern berichtete. Maurer blitzte bei seinen Kollagen ab. Für sie kommt eine Kündigung des Abkommens nicht infrage. Auch sein zweiter Antrag, die EMRK zu kündigen und über eine Volksabstimmung möglicherweise wieder einzuführen, blieb chancenlos.

Maurer griff mit seinen Anträgen der eigenen Partei vor, die gemäss Ankündigung eine Volksinitiative lancieren will: Schweizer Recht soll über «fremdem Recht» stehen. Die Annahme der Initiative würde wohl ebenfalls zur Kündigung der EMRK führen. Dass die radikalere Forderung aber von einem Bundesrat ausging, stiess in linken Kreisen auf Unverständnis. Die Co-Präsidentin der Grünen, Regula Rytz, reagierte umgehend auf Twitter: «Die SVP gehört nicht mehr in den Bundesrat!» Sekundiert wurde sie von alt Nationalrat Jo Lang und der Juso, die Maurer in eine Reihe mit Diktatoren und Terroristen stellten.

Der Antrag Maurers entstand nicht im luftleeren Raum. Der Bundesrat hat zur 40-jährigen EMRK-Mitgliedschaft einen Bericht verfasst, in dem er unter anderem bereits präventiv erklärt, wieso ein Referendum über die EMRK unzulässig sei. Der emeritierte Staatsrechtsprofessor Georg Müller hält eine Abstimmung über die Einführung der



Wer hat das Vorrecht? Die SVP will nationales vor internationales Recht stellen...HO

EMRK - wie Maurer sie forderte - für eine rein politische Forderung. «Den Vorwurf, das Verfahren sei nicht eingehalten worden, halte ich rechtlich für unbegründet.»

### Anti-Menschenrechtskoalition?

Es bleibt die Frage, wieso Maurer die EMRK kündigen will. Zumal sie sich inhaltlich weitgehend mit der Bundesver-

fassung deckt: In die neue Bundesverfassung wurden die materiellen Garantien der EMRK aufgenommen. Unter materiellen Garantien versteht man Rechte wie Freiheit und Sicherheit, freie Meinungsäusserung sowie das Folter- und Diskriminierungsverbot. Anders als die Juso dies suggerieren mögen, geht es der SVP nicht um die Wiedereinführung der Folter. Es geht der

Partei um die Souveränität der Schweiz. Gemäss «NZZ» forderte Maurer denn auch, dass der Bericht über die EMRK umgeschrieben werden soll: Er müsse zeigen, dass diese im Widerspruch mit der Souveränität der Schweiz stehe.

Einfach ist das nicht. Denn die Schweizer Rechtslegung basiert weitgehend auf der EMRK. Das gibt einem hierzulande die Möglichkeit, beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg Beschwerde einzureichen. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Urteile des Gerichtshofs zu befolgen. Die SVP will verhindern, dass ein Urteil des Gerichtshofs für Menschenrechte Entscheide des Schweizer Gesetzgebers umkippen kann. Die SVP ist direkt betroffen, weil sie regelmässig Initiativen lanciert, die gegen die EMRK verstossen.

Georg Müller versteht, dass ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) auf Unmut stossen kann. «Das Gericht hat manchmal eine Tendenz, über das Ziel hinauszuschiessen. Es könnte besser auf nationale Eigenheiten Rücksicht nehmen und ein mit Beschwerde angefochtenes Urteil des Bundesgerichts kritisieren statt korrigieren.» Die Forderung der SVP schiesse aber über das Ziel hinaus: «Der Ärger über ein EGMR-Urteil ist kein Kündigungsgrund», sagt Müller.



**Sollen wir an der Menschenrechtskonvention festhalten? Stimmen Sie online ab.**

## Gesundheitswesen

### Über eine Million Spitalbesuche im letzten Jahr

Die Schweizer Spitäler haben letztes Jahr zum ersten Mal über eine Million Patientinnen und Patienten behandelt. Die Zahl der Pflgetage stieg um 100 000 auf rund 12,6 Millionen Tage. Die Kosten beliefen sich auf über 26 Milliarden Franken.

Insgesamt 1 014 077 Personen begaben sich 2013 in einen der 289 Spitalbetriebe der Schweiz zur Pflege. Das entspricht knapp 12 Prozent der Bevölkerung, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) zu seinen Erhebungen über die stationäre Gesundheitsversorgung schreibt.

Häufigster Grund für eine Spitalweisung waren Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems wie Arthrose oder Rückenprobleme. (SDA)

## Studie

### Schweiz soll trotz Risiken weiter auf Geothermie setzen

Trotz der jüngsten Rückschläge sollte die Schweiz weitere Erfahrungen mit Geothermie sammeln, findet das Zentrum für Technologiefolgen-Abschätzung TA-Swiss. Die Stromproduktion aus Erdwärme sei umweltfreundlich, konstant und wohl preislich konkurrenzfähig - jedoch auch risikobehaftet.

Geothermie-Projekte sorgten in letzter Zeit für negative Schlagzeilen: Die Stadt St. Gallen stoppte ihr Vorhaben für ein Geothermie-Kraftwerk, nachdem wegen der Bohrungen die Erde gebebt hatte. Zuvor war auch in Basel das erste Vorhaben in diesem Bereich abgebrochen worden. (SDA)

# Bundesgericht soll transparenter werden

## Geheimniskrämerei Minderheitsmeinungen von Richtern sollen in den Urteilen dargestellt werden, findet der Bundesrat. Keine gute Idee, sagt das höchste Gericht.

VON DORIS KLECK

Kopftuchverbote, Schwimmunterricht für muslimische Schülerinnen, Zweitwohnungen oder das Sondersetting im Fall Carlos: Das Bundesgericht in Lausanne fällt Urteile von politischer Sprengkraft. Dennoch sind die 38 Richterinnen und Richter des Landes in einer breiten Öffentlichkeit unbekannt. Nun will der Bundesrat mehr Transparenz in die Arbeit des höchsten Gerichtes bringen. Er beantragt, eine Motion der Rechtskommission des Nationalrates anzunehmen, die ver-

langt, dass das Bundesgericht in seinen Urteilen die abweichenden Meinungen von Richtern, die sogenannten «dissenting opinions», publiziert. Im angelsächsischen Raum ist dies üblich. Dadurch würde die Öffentlichkeit erkennen, dass die Entscheidungen nicht immer so klar sind, wie sie in der Urteilsbegründung erscheinen - und das Verständnis würde erhöht.

«Von aussen hat man den Eindruck, dass die Urteile des Bundesgerichtes in Stein gemeisselt sind», sagt etwa der Grüne Nationalrat Daniel Vischer. Mit der Publikation von Minderheitsmeinungen würde die Dynamik der Rechtsprechung sichtbar. Auch Andrea Caroni (FDP/AR) glaubt, dass die Publikation der Minderheitsmeinungen einen breiten Nutzen hat. Einerseits für die Anwälte, welche die Schattierungen eines Urteils erkennen und mögliche Entwicklungen der Rechtsprechung antizipieren können. Andererseits für die Lehre.

Schon heute geben die Richter ihre abweichenden Meinungen bekannt - allerdings nur mündlich. Normalerweise fällen die Bundesrichter ihre Urteile auf dem Weg der Aktenzirkulation: Ein Richter macht einen Urteilsentwurf. Sind die anderen zuständigen Kollegen einverstanden, ist der Fall erledigt. Zu einer öffentlichen Behandlung kommt es nur, wenn sich die Richter uneins sind. Dies ist in den wenigsten Fällen so: Im letzten Jahr hat das Bundesgericht 7878 Entscheidungen gefällt, dabei aber nur 46 öffentliche Beratungen durchgeführt. Lediglich in diesen Urteilen soll mit der schriftlichen Verankerung von Minderheitsmeinungen mehr Transparenz geschaffen werden.

Eine Revolution hat der Bundesrat also keine ausgeheckt. Dennoch gibt es Widerstände etwa bei der SVP. Aber auch bei den Bundesrichtern selbst: Vor einem Jahr hat die Versammlung aller

Bundesrichter ihre ablehnende Haltung gegenüber der Wiedergabe von «dissenting opinions» bekräftigt. Die Richter sind der Ansicht, dass eine «vertiefte Abklärung» notwendig ist.

### Drohender Autoritätsverlust

Alt-Bundesgerichtspräsident Giuseppe Nay teilt die Skepsis. Zwar sei er nicht gegen Transparenz, doch es sei falsch, dass die Politik der Justiz Vorschriften darüber machen wolle; das widerspreche der Unabhängigkeit der Justiz. Nay glaubt zudem, dass mit der regelmässigen Publikation auch abweichender Meinungen die Rechtssuchenden verunsichert und die Autorität des Bundesgerichtes untergraben wird. Seine Bedenken sind aber auch ganz grundsätzlicher Natur: «Heute wird jedes Urteil politisch ausgeschlachtet», sagt Nay. Dieser Tendenz würde mit der geplanten Änderung Vorschub geleistet.

## Landwirtschaft

### Bauernverband verschärft Kritik an Budgetkürzung

Der Schweizer Bauernverband (SBV) hat an seiner Delegiertenversammlung die Kritik an den Sparmassnahmen des Bundesrats bekräftigt. Verbandspräsident Markus Ritter warf der Landesregierung «eine schwere Verletzung von Treu und Glauben» vor.

Der Bauernverband kritisiert das Budget 2015. Die vorgeschlagenen Sparmassnahmen von 700 Millionen Franken treffen auch die Landwirte. Laut SBV sind es Kürzungen in der Höhe von 128 Millionen Franken. (SDA)

INSERAT

Rscan-040f

# Absurd und schädlich

Ecopop blockiert die Schweiz und beendet den bilateralen Weg.

Ecopop mischt sich in die Politik anderer Länder ein.

Ecopop legt unsere Spitäler lahm.

**ECOPOP NEIN!**



Jetzt NEIN einlegen. Weil jede Stimme zählt.